Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend, Schule & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 204 - Zuwanderung und Integration
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Sebastian Goecke 563 2759 563 8178 sebastian.goecke@stadt.wuppertal.de
	Datum:	27.02.2015
	Drucks.-Nr.:	**VO/1219/15** öffentlich

Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
28.04.2015	**Integrationsrat**	**Entscheidung**

Besetzung des Begleitausschusses "Demokratie leben"

Grund der Vorlage
Bildung eines Beirates / „Begleitausschusses“ im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“

Beschlussvorschlag
Der nachfolgenden Besetzung des Begleitausschusses wird zugestimmt:

Herr Jan Sudhoff (DGB/VHS Berg Mark)	Herr Dr. Kleine (Kath. Kirche)
Herr Gerth (Kath. Bildungswerk)	Herr Bouaissa (Wuppertaler Moscheen)
Frau Uhl (SoR-Schulen)	Herr Fritsche (ver.di)
Frau Wane (Afrika Young People Afrekys)	Frau Hausmann (Jugendring)
Frau Schrader (Beg. Alte Synagoge)	Frau Stinzendörfer (R 208)
Frau Simon (Wupperpride)	Frau Federschmidt (Evang. Kirche)
Herr Lückewille (Fan-Projekt)	Herr/Frau ……...(Integrationsrat)
Herr/Frau ……...(Integrationsrat)	Herr/Frau ……...(Integrationsrat)

Unterschrift
Dr. Stefan Kühn

Begründung
Seit 2007 erhielt die Stadt Wuppertal aus den Bundesprogrammen „Vielfalt tut Gut“ (2007-2010)und „Toleranz Fördern – Kompetenz Stärken“ (2011-2014) Mittel für die Entwicklung und Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans (LAP) gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Durch das neue Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ (2015-2019) werden in ganz Deutschland Städte, Gemeinden und Landkreise darin unterstützt, im Rahmen von lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen. Und die Stadt Wuppertal ist eine der Städte davon. Mit den Aufgaben der externen Koordinierungsstelle wird die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz (e.V.) beauftragt.

Wesentliches Element für eine „Partnerschaft für Demokratie“ ist die Bildung eines „lokalen Begleitausschusses“. Dieser soll - anders als in den Vorgängerprogrammen - neben Vertreterinnen und Vertretern aus möglichst allen relevanten Ressorts der kommunalen Verwaltung und anderer staatlicher Institutionen mehrheitlich mit lokalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft besetzt werden, um die Bedarfe und Interessen möglichst vieler verschiedener Bewohner/innengruppen einfließen zu lassen sowie breit getragene Strategien gegen Rechtsextremismus in Wuppertal entwickeln zu können. Somit stellt dieser „Begleitausschuss“ kein in dem Sinne „Kommunalen Ausschuss“ dar, sondern ein strategisch ausgerichtetes Gremium, das gefordert ist die Ziele und Inhalte des Bundesprogrammes um zu setzen und dabei breite zivilgesellschaftliche Teilhabe sicher zu stellen. Der „Begleitausschuss“ ist ein dynamisches Gremium, das nach Bedarf und Absprache jederzeit in der Besetzung erweitert /verändert werden kann.

So sehen die Leitlinien des neuen Programmes neue Schwerpunkte der Aufgaben und Rolle eines Begleitausschuss vor: Er soll sowohl die strategische Ausrichtung der „Partnerschaften für Demokratie“ (weiter-)entwickeln als auch eine Art Netzwerk für Aktivitäten und Veranstaltungen im Themenfeld sein:

- Der Begleitausschuss unterstützt und begleitet die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in der „Partnerschaft für Demokratie“.

- Der Begleitausschuss legt die Eckpunkte der Gesamtstrategie der Umsetzung und Fortschreibung sowie der nachhaltige Verankerung des Programmes nach Beratung in der Demokratiekonferenz fest.

- Der Begleitausschuss entscheidet über die Einzelmaßnahmen, die zur Umsetzung der Zielstellungen der „Partnerschaft für Demokratie“ durchgeführt werden sollen und begleitet diese.

Weitere Informationen zum Bundesprogramm und zur Funktion des Begleitausschusses finden Sie unter www.demokratie-leben.de oder in den Leitlinien zum Bundesprogramm (siehe Anhang).

Demografie-Check

a) Ergebnis des Demografie-Checks

Ziel 1 – Stadtstrukturen anpassen **-**

Ziel 2 – Wanderungsbilanz verbessern **-**
Ziel 3 – gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen **+**

b) Erläuterungen zum Demografie-Check

Keine

Anlagen

Anlage 01: Leitlinien zum Bundesprogramm